Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 48. Montag, den 26. Februar 1849.

Berlin, 26. Februar.

Se. Majestat der König haben Allergnädigst geruht, Allerhöchstihren Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, Camphausen, zum Wirklichen Geheimen Rath zu ernennen.

Deutschland.

(B) **Stettin**, 26. Februar. Der heutige Tag wiegt schwer in der Wagschale unsers Vaterlaudes. Was Jahrhunderte versäumt, was das letzte Jahr durch die Donnerstürmc der Revolution nicht errungen, das soll uns nach Verleihung einer freisinnigen und wohlerwogenen Verfassung die freie Berathung der in den Kammern zusammentretenden Abgeordneten des Volkes bestätigen und sichern. Möge der in Kirchen und Kämmerlein über diese Kammern erflehete Segen denselben in reichlichem Maße zu Theil werden. Möge Mann für Mann im vollem Bewußtsein, in wessen Namen er dasteht, nicht bloß in des Vaterlandes, sondern in Gottes Namen, mit allem Ernst an ein Werk gehen, das uns und unsern Nachkommen für lange, jedenfalls unbestimmte Zeit Ruhe, Ordnung, Wohlstand, Freiheit ünd Frieden bringen soll. Mit Gott für König und Vaterland! O möchte das Wort nicht bloß von allen Lippen ertönen, möchte es Aller Herzen durchglühen, möchte es den Willen Aller lenken und bestimmen. Es wird nicht abgehen ohne schwere, harte Kämpfe; eine Vermittelung ist nicht denkbar; festgeschlossen stehen die Gegner wie zwei feindliche Heere einander gegenüber; zwischen beide darf sich Niemand wagen, er wird von beiden verachtet, vernichtet. Es wird hoffentlich ein ritterlicher Kampf sein, Wort gegen Wort, Mann gegen Mann, und nur die Wahrheit wird den Sieg behalten. Ein andres Bild werden nothwendig diese beide Kammern darbieten, als die vor der Auflösung sich in sich selbst auflösende Versammlung. Die Auswahl ist diesmal eine wirkliche Auswahl gewesen; hat freilich auch manches wenig versprechende Mitglied aus der Nationalversammlung auch hier Eingang gefunden, so sind doch von Seiten der Conservativen alle Maßregeln getroffen, nur würdige Vertreter in die Kammern zu schicken. Wir dürfen demnach auch hoffen, daß das Würdigste, das Heiligste, was die Nation in ihrem Schooße hegt, in würdiger Weise werde verhandelt werden. Ein unwürdiger Ton, ein ungeberdiges Gebahren, kurz alle unlautern Elemente, welche die abgekommene National-Versammlung durchdrangen, werden hoffentlich nicht zur Geltung kommen, und so sie sich geltend machen wollen, mit entschiedenem Ernst, mit aller einer Nationalvertretung geziemenden Würde zurückgewiesen werden. Nur so werden sich die Kammern die Achtung, das Vertrauen der Nation erwerben und erhalten.

(B) **Stettin**. Die Parlaments-Correspondenz kommt à la Cato von ihrem Thema der Vertagung der Kammern zuerst durch die Minister, und, da diese nicht wollen, durch die Kammern nicht ab. Sie sucht sich in aller möglichen Weise diese Sache zurecht zu legen, begegnet jedem erhobenen Bedenken, und stellt sogar den Rücktritt des jetzigen Ministeriums in Aussicht, gleich wie es seiner Sache schon gewiß ist, daß eben diese Frage den Anfang der Kammerverhandluugen bilden werde. Es verspricht sich von einer solchen Vertagung einen großen Gewinn. Der Kern der Gründe, den sie dafür beibringt, steckt in dem Umstande, daß in dem deutschen Verfassungswerke durch Uebersiedelung preußischer Deputirte von Frankfurt nach Berlin die dort so unentbehrlichen Kräfte entzogen werden. Wir sind von vorne herein der Meinung, daß die Männer, deren Kräfte in Frankfurt wie in Berlin unentbehrlich sind, nicht allein Einsicht genug haben werden, zu erkennen, wo ihre Anwesenheit dringender erfordert wird, sondern auch Patriotismus genug, um, wenn ihre Gegenwart in Frankfurt unerläßlich ist, lieber auf den Sitz in Berlin zu verzichten oder für die Wahl von Männern zu ihren Stellvertretern zu wirken, die sie zu ersetzen vermögen. Eine Vertagung unsrer Kammern hat ihre großen Mißlichkeiten, durch diese ist das Ministerium bestimmt worden, eine solche nicht einseitig zu unternehmen. Es hat recht daran gethan. Aber es wäre nicht wünschenswerth, daß es eine Kabinetsfrage daraus machte, wenn die Kammern einen dahin gehenden Beschluß fassen sollten. Jener beregte Umstand scheint uns von nicht so großer Erheblichkeit zu sein; auch läßt sich nicht absehen, daß in Frankfurt bald der endliche Schluß gemacht werde. Es liegen so wichtige Dinge zur Entscheidung der Kammern vor, jeder Tag kann uns noch neue Verwickelungen bringen, ja selbst die Frankfu ter Versammlung kann ihr Scherflein dazu beitragen, daß wir vielmehr das Zusammenbleiben der Kammern für höchst wichtig erachten müssen. Ja die nächsten Tage können Fragen bringen, um deretwillen schon außerordentlich die Kammern berufen werden müßten. Es kann sogar der Fall eintreten, daß zwischen Preußen und Frankfurt ein entschiedener Bruch Statt finden müßte; wie wichtig ist da das Votum der Kammern! Spricht sich, wie vermuthet wird, die Thronrede entschieden über die deutschen Angelegenheiten aus, so wird jedenfalls ein Sturm erfolgen, sei dies nun ein Mißfallens- oder Beifallssturm, dadurch werden Maßregeln nothwendig, welche die Krone eben auch von den Kammern berathen und beschlossen zu sehen wünschen muß. Das Gewicht, was für die Vertagung von der Parlam.-Correspondenz in die Wagschale gelegt wird, scheint uns doch zu unerheblich gegen die vom Lande ersehnte, von den Kammern zu lösende Aufgabe, Preußens Heil zu sichern, ja es zu retten; ist Preußen gerettet, gesichert, so ist es auch Deutschland, trotz der Frankfurter Antipathieen.

Berlin, 24. Februar. Den oft gegen die Rechte lautgewordenen Vorwurf, daß ihr Auftreten als Partei sich mit dem der Linken, die fast immer in geschlossener Phalanx kämpft, an Disziplin und Taktik gar nicht vergleichen lasse, daß sie stets gespalten und zwieträchtig, oft um kleine Meinungsverschiedenheit, wohl gar wegen persönlicher Gereiztheit und Unverträglichkeit zerfahren und haltlos sei, diesen an sich begründeten Vorwurf verdienen die Männer der Rechten wenigstens in dem Grade nicht, als es wohl scheinen möchte. Die Linke verneint, darum ist sie schon von Natur einig. Die Rechte ist positiv, also darauf angewiesen zu individualisiren. Die Linke geht davon aus, was sie nicht will, und faßt das in's Auge, wogegen sie opponirt; die verschiedensten Kämpfer auf dieser Seite haben das miteinander gemein, wogegen sie kämpfen; die Mannigfaltigkeit, ist hier kein Grund der Trennung, denn je vielseitiger opponirt wird, desto nachdrücklicher! Es ist oft genug vorgekommen und hat seine Wirkung nie verfehlt, daß ein Mann der Linken die Argumente eines frühern Redners von derselben Seite völlig desavouirte und nichts destoweniger auf den gemeinsamen Gegner einhieb, der nun im Rücken und von vorn gleichzeitig angefallen erschien. — Die Rechte geht davon aus, was sie will; und nicht zwei Menschen wollen genau dasselbe; sind sie selbst über den Zweck einverstanden, so veruneinigen sie sich in Betreff der Mittel und Wege. Die Rechte faßt in's Auge, was zu vertheidigen ist; es wird einem Mitglied der Rechten zugemuthet, für eine bestimmte Sache mit ganzer Kraft einzustehen, welche so, wie sie da ist, nicht einmal nach seinem Sinn sein mag. Jeder ist eigentlich auf Seite der Opposition gegen Alles, was nicht ganz genau seiner Subjektivität entspricht; das trifft in den seltensten Fällen ein; in allen übrigen werden zwar die Meinungen der Opposition ihm zuwider sein; aber im Grunde keineswegs das Opponiren.

Je positiver auf die Einzelnheiten eines politischen Programms eingegangen wird, je bestimmtere Fragen auf die Tagesordnung kommen, desto mehr weicheu die Ansichten auseinander, wenn das von der Partei Gewollte durchzuführen ist, während im Allgemeinen wie im Einzelnen die Negation der Linken sich gleich bleibt.

Danach müßte man fast an der Möglichkeit und Lebensfähigkeit der Rechten überhaupt verzweifeln; doch das wäre ja die politische Bewahrheitung des Mephistophelischen Satzes: „Alles was entsteht, ist werth daß es zu Grunde geht!" Allerdings in Frankreich zur Zeit der ersten Umwälzung war die Negation so mächtig, daß jede zur Herrschaft gelangende Partei sofort einer Opposition gegenüber unhaltbar wurde, bis dann das ganze Repräsentativsystem einer Opposition unterlag und ein Selbstherrscher allem Negiren ein Ende machte. Napoleon war dann wahrlich so positiv und eigenmächtig, daß gar kein Oppositionsgeist mehr aufkam und Carnot in die Verbannung ging.

Unendlich schwierig ist die Aufgabe, die Partei der Rechten zu organisiren und beisammenzuhalten. Wir wiesen schon einmal darauf hin, wie sehr dienlich erschiene, der Individualität freien Spielraum auch äußerlich in der Art zu gestalten, daß die Rechte von vornherein darauf verzichte, sich in Einem und demselben parlamentarischen Klub vereinigen zu wollen, dagegen die verschiedenen Gesellschaften, welche schnell in Anschluß an bekannte Namen, an Bodelschwingh, Graf Arnim, Vincke, Camphausen, Auerswald, Harkort, Grabow gebildet sein werden, wenn deren auch mehr entstünden als wir Namen genannt haben, aus ihrer Mitte ein Comitée direkteur ernennen, welches ein gemeinsames Handeln dieser Fraktionen der Rechten jedesmal vorbereite und dauernd verbürgt.

Zur Bildung einer starken Rechten ist im Verlauf der Wahlen, also vom Volke aus, ein wichtiger Schritt geschehen. Jedes detaillirte Programm wirkt trennend, statt vereinigend; je detaillirter, desto unfruchtbarer. Es war kein Fehler, vielmehr eine treffliche Inspiration, der der ganze Partei theilhaftig geworden ist, das Wort „konstitutionell" zum Erkennungszeichen zu wählen. Herr von Florencourt beklagt das Vage dieser Losung; das ist just ihr Vorzug. Unter dem konstitutionellen Mantel hat alle Welt Platz; das sollte sie doch auch haben, denn soviel konstitutionell heißen durften, zu vereinigen, war gewiß rathsam. Umsomehr, da feststand, daß der gemeinsame Feind wenigstens nicht „konstitutionell" heißen durfte, und ein Theil unserer Gegner wegen einer koketten Rücksicht auf einen gewissen Anhang nicht so genannt sein wollte. So war die

Formel gefunden, gegen die Niemand, mit dem eine gemeinschaftliche Operation zu hoffen stand, ein Bedenken haben konnte. Wir befanden uns im Besitz des Geheimnisses, wodurch die Linke so stark und siegreich zu sein pflegt. Wir haben es erprobt, denn der Sieg ist unser.

Das Streben einer Partei muß allerdings darauf gerichtet sein, ihr Programm innerhalb der Grenzen, welche durch das Interesse des Zusammenhalts mehr oder weniger deutlich vorgezeichnet sind, möglichst zu spezialisiren. Und in dieser Beziehung that die konstitutionelle Partei den zweiten höchst entscheidenden Schritt, welcher den aus derselben hervorgegangenen Abgeordneten eine wenn auch nur moralische Verbindlichkeit auferlegt. Es gelang unter den Allen, welche mit dem allgemeinen Wort „konstitutionell" bezeichnet werden, vollkommne Uebereinstimmung ferner darüber zu erzielen, daß die gesammte Partei, wie sie demnach mit noch größerem Recht zu heißen verdient, zu der Losung „konstitutionell" das Feldgeschrei wählte und annahm: „Anerkennung der Verfassung vom 5. Dezbr." Auch dieser Grundsatz ist erstaunlich allgemein, obwohl seine Consequenzen ziemlich scharf einschneiden, indem die Vereinbarung danach statt früher über das Bestehen oder Nichtbestehen der Verfassung nunmehr über die Veränderungen der Konstitution herbeizuführen und die Verfassungsurkunde soweit unverändert bleiben wird, als nicht beide Kammern mit der Krone bei der Revision übereinstimmen. Diesen höchst bedeutungsschweren, verhängnißvollen Grundsatz adoptirte die konstitutionelle Partei. Wiederum hatten wir erreicht, wodurch die Linke sonst selten übertroffen worden. Die mannigfaltigsten Schattirungen der politischen Ueberzeugung konnten, ohne sich etwas zu vergeben, gemeinschaftlich handeln. Und je mannigfaltiger, desto wünschenswerther: denn, je vielseitiger der Verfassung vom 5. Dezember Anerkennung gezollt wird, desto mehe befestigt sich das konstitutionelle Königthum, welches doch die ganze Partei vertheidigt.

Diesmal stiftete das Individualisiren auf der Linken Spaltungen; dem festen Grundsatz unsrer Partei gegenüber widersprachen sich im entgegengesetzten Lager die verschiedenen Arten und Weisen der Nichtanerkennung; Antrag auf Verwerfung der Verfassung und der ersten Kammer, Erklärung als National-Versammlung, Protest zu Protokoll, Verwahrung, Berathung der Verfassung zur Vorlage; je besser sich unsre Partei verstand, desto babylonischer wurde die Sprachverwirrung auf der Linken.

Nun ist es freilich nur für's Erste — für das Erste jedoch ganz entschieden — genügend, wenn unsre Partei mit geschloßner Phalanx die Anerkennung der Verfassung vom 5. Dezember als eines geltenden Gesetzes zur Herrschaft in den Kommern bringt und in der Adresse auch die Thronrede diese Anerkennung offen und unzweideutig an den Tag legt, und damit ist nur die Grundlage gewonnen. Wohlan, wenigstens doch die Grundlage.

Mit Vorsicht und Schonung wird in der Spezialisirung des Programms fortzufahren und anfänglich nicht so sehr in's Einzelne herabzusteigen, sondern nur zum nächsten Besondern überzugehen sein. Wenn aber im Volk und in der Presse, wo die Organisation eher unmöglich scheint, gelingen könnte, die Grundlage der Partei zu gewinnen, so muß es doch gelingen, in den Kammern auf dieser gewonnenen Grundlage weiterfortzubauen an der konstitutionellen Partei, an der Rechten. (P.C.)

Berlin, 25. Februar. (**Vorwärts, vorwärts!**) Die großen Grundzüge des Programms unserer Partei sind die, daß sie konstitutionell ist und daß sie die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember als das geltende Staatsgrundgesetz des Königreichs anerkennt, welches nur im ordentlichen Wege der Gesetzgebung, mit Uebereinstimmung beider Kammern und der Krone verändert werden kann.

Bleibt dies nun auch ein für alle Mal gleichsam der Carton, so wird das Gemälde der Rechten doch hoffentlich in lebensvollen Farben weiter ausgeführt werden. Obige Grundsätze werden, wie sich auch sonst die Partei gestalten möge, das Minimum der Gemeinschaftlichkeit aller Fraktionen unsrer Partei sein. Wir wollen versuchen, nach jenen Umrissen eine Farbenskizze zu entwerfen.

Wie verhält sich unsere Partei zur deutschen Frage? —

Würde die Rechte bei der Antwort auf diese Frage — was Gott verhüten wird — gesprengt, sie kann ihr nicht mehr ausweichen. Nicht nur die Angelegenheit der Vertagung, sondern die Adreß-Verhandlung in Bezug auf die Thronrede, worin der König unumwunden vor Deutschland, in offenem Parlament sich erklären will, was das Vaterland von Preußen zu fordern und zu erwarten habe, muß das Verhältniß zum deutschen Verfassungswerk zur Sprache bringen, und, wenn die mehrern Bruchtheile der Rechten sich hierüber nicht einigen könnten, eine für die Linke erfolgreiche, für das Vaterland verhängnißvolle Spaltung unserer Partei herbeiführen.

Wer so glücklich wäre, die Formel zu entdecken, vermöge welcher die ganze Rechte, wie sie sich als konstitutionell bekannt und die Verfassung anerkannt hat, auch in der deutschen Frage wie Ein Mann dastünde! Es ist schon viel damit gewonnen, wenn sich nicht eine besondere sogenannte „deutsche Partei" bildet. Eine vorzugsweis als „deutsch" sich gebärdende Fraktion würde den Gegensatz des „Preußischen hervorrufen. Nichts Unglücklicheres könnte sich ereignen.

Wir wissen wohl, daß die Parteistellung vom August v. J., wo die Demokratie zu dem beliebten Roth noch einiges Schwarzgelbe beifügte und die Bauern von Teltow zum Kampf herausforderte, mittlerweile für die Demokraten unrettbar verloren ist, seitdem die Linke — schon im folgenden Monat, im September v. J. — die Schwenkung gemacht hat, gegen die deutsche Einheit zu opponiren. Wollten doch Waldeck und Temme jene alten Nationalwünsche nach einem gemeinsamen deutschen Recht, die längst vor 1848 laut geworden sind, verdächtig machen! Sollte nach ihnen doch die Gemeinsamkeit auf König, Handel und Diplomatie beschränkt sein! Verlangte doch Temme, daß die Frankfurter Versammlung nicht das Recht haben solle, ein Gesetz zu ihrem eignen Schutz zu geben, daß dieses Gesetz vielmehr erst sämmtlichen Landtagen und Kammern von ganz Deutschland zur Berathung und Zustimmung vorgelegt werde!

Die Partei dieser Männer — ja sie wird vielleicht als Verfechterin deutscher Einheit erscheinen wollen, denn dieselben Personen hatten ja kurz vorher unbedingte Unterwerfung unter das Parlament beantragt! — aber sie wird keinen Glauben finden, wenigstens nur bei den Urtheilslosen und Sinnverwirrten.

Es ist der Linken freilich die Handhabe geboten — in den Grundrechten deutschthümlich Rumor zu machen und Herr Rodbertus empfehle sich als erster Held bei solcher Affaire. —

Ist es denn ein wirklicher Gegensatz „Preußisch" und „Deutsch"? das ist durchaus zu bestreiten und gerade von der Partei, welche sich zur Ehre rechnet, preußisch und von ganzer Seele, ja mit wahrer Begeisterung preußisch zu sein, wozu wir uns unumwunden bekennen, gerade von den rechten Preußen wird das deutsche Verfassungs- und Einheitswerk mit größter Theilnahme betrachtet, von ihnen werden die Anträge ausgehen und unterstützt werden, welche zur Förderung dieser Existenzfrage und zum Heil des Vaterlandes gereichen.

Heißt doch in Frankfurt a. M. der deutsche Minister Heinrich Gagern bei allen Feinden und Widersachern Preußens — der Preußenfreund, der Preuße! Wir können mit bestem Gewissen anrathen, gut preußisch zu sein, mit aller Festigkeit und Innigkeit an Preußen zu halten, weil wir überzeugt sind, daß dem Vaterlande besser gar nicht zu dienen ist.

Also preußisch soll die konstitutionelle Rechte sein, preußisch in der wahrsten vollen Bedeutung dieses Wortes!

Damit ist nicht wenig gesagt. Jene Partei, die zuerst an ihre Partei, und dann noch einmal an ihre Partei, dann, wie das Volk sagt, „eine ganze Weile an nichts," und dann erst an das Vaterland denkt, die mit kaltem Blut und in voller Besinnung die „Brandfackel der Anarchie" in die heimathlichen Gauen schleudert, weil es die Konsequenz mit sich bringt; jene Partei, welche den 12ten November nichts sehnlicher wünschte, als daß die Provinzen in lichterlohem Aufstand gegen Berlin marschiren möchten, jene Partei, wenn ihre Mitglieder auch von preußischen Müttern geboren sind, sie dürfen sich nicht die „Preußenpartei" nennen. Wenn die Rechte den Namen Friedrichs des Großen auf ihr Banner schreibt, wenn sie sich gern und freudig die preußische Partei nennt, wird im übrigen Deutschland nicht der Argwohn entstehen, sie wolle von Deutschland nichts wissen? — Hoffentlich wird unsere Partei solchen Argwohn, wo er keimen sollte, nicht aufkommen lassen; die preußische Partei wird deutsche Thaten aufzuweisen haben! Fassen wir ein Herz für das, was unserm Preußen Noth thut und obliegt. Friedrich des Großen Namen nannten wir. Er stiftete den Fürstenbund, als Oesterreich das Land Bayern sich einverleiben wollte. Dieselbe Stellung nimmt Preußen gegenwärtig in Deutschland ein. Es ist berufen, Deutschland gegen die österreichische Hauspolitik zu vertheidigen. Der Großherzog von Baden hat schon mit Entschiedenheit sich gegen die Pläne der österreichischen Staatskunst erklärt. Der Landtag von Kurhessen erwartet, daß Preußen gegen Oesterreich das Vaterland beschütze.

Das deutsche Parlament ist davon ausgegangen, einzig und allein das Verfassungswerk festzustellen. Preußen beanspruchte eine Mitwirkung der Regierungen; Herr Rodbertus trat dieserhalb aus dem Ministerium Auerswald. Neuerdings hat Preußen in der bekannten Note vom 23. Januar gefordert, daß weder das Parlament, noch die Regierungen ihre Rechtsansicht auf die Spitze treiben mögen, daß die Reichsversammlnng nicht die Regierungen ungehört lasse und daß die Regierungen der Reichsversammlung das letzte Wort einräumen. Das ist die von Preußen angeregte „Verständigung." — Oesterreich hat diese Verständigung verworfen.

Es ist unendlich wichtig, wie die preußischen Kammern sich hiezu stellen werden. Die Linke wird von der „Beständigung" voraussichtlich nichts wissen wollen. Sie wird entweder eine unbedingte Unterordnung unter die Reichs-Versammlung oder eine förmliche Vereinbarung fordern, wobei die Kammenn ein entscheidendes Wort haben sollten, die Linke wird mit Einem Wort der Note des Grafen Bülow wenigstens in diesem Punkte ein Dementi geben.

Die preußische Partei — die gesammte Rechte — kann nicht umhin, als ihre Pflicht zu erkennen, daß sie das Verlangen Preußens, von der Reichsversammlung gehört zu werden, billige, und auf die förmliche Vereinbarung, gemäß der preußischen Note, Verzicht leiste, vielmehr auf diese Rechtsfrage ganz und gar nicht eingehe. Das nennen wir „preußisch gehandelt", und alle Welt wird zugeben, daß diese preußische Handlungsweise recht deutsch ist. Also die ganze konstitutionelle Partei — dieser Hoffnung leben wir — wird die „Verständigung" der Regierung mit der deutschen Reichsversammlung in ihr Programm aufnehmen. Die Rechtsfrage der Vereinbarung oder Souverainität hinweg! Nur, daß Deutschland zum Ziel komme!

Die Versammlung in der Paulskirche hat den Beruf übernommen einen deutschen Bundesstaat zu gründen. Die Verhältnisse von Oesterreich sind mit diesem Ziel unverträglich. Die staatliche Verbindung der deutsch-österreichischen Provinzen mit dem übrigen Habsburgischen Reich macht es unmöglich, daß dieselben Länder auch noch zu einem zweiten Staate, zu Deutschland gehören, gleichviel ob Oesterreichs Regierung an der deutschen Centralgewalt theilnimmt oder nicht. Es fragt sich daher leider, ob Deutschland an dem österreichischen Gebiet oder an dem Bundesstaat, an der Länge und Breite oder an der Einheit und Kraft, (an dem Quantum oder an der Qualität!) festhalten will? Preußen hat erklärt, am Bundesstaate festhalten zu wollen.

Von hohem Belang ist hier wiederum die Stellung der preuß. Kammern, zumal die österreichische Regierung die Eventualität eines Bundesstaats ohne Oesterreich, also was Preußen für den Nothfall verrieth, vor Europa mit einem Interdikt belegt yat.

Die preußische Partei wird nicht sich auf Oesterreichs Seite stellen; sie wird nicht Preußen im Stiche lassen. Sie wird also den Bundesstaat in ihr Programm aufnehmen. Und ist das nicht im deutschen, vaterländischen Interesse gehandelt? Sie wird hoffentlich darin einig sein, daß, nur weil Oesterreich nicht in den Bundesstaat eintreten kann, dieser ohne Oesterreich begründet werden muß. Sie wird aber wohl auch darüber einig sein, daß die Verfassung Deutschlands fest und dauerhaft zu sein habe und daß die Redensart, „für Oesterreich den Eintritt offen zu lassen", welche von bayerischen und württembergischen Staatsmännern gebraucht ist, darauf hinauskommen, das Provisorium zu verewigen, indem die Gründe, welche Oesterreich Eintritt verhindern, wahrlich nicht vorübergehender Natur sind. Die preußische Partei wird in der Einsicht, daß die Möglichkeit eines späteren Eintritts von Oesterreich durch den Ruin der Habsburgischen Monarchie bedingt, daher eine starke Bundesstaatsverfassung um so dringender erforderlich ist, nicht zweifelhaft oder verschiedener Meinung sein können, welche Stellung im neuen Reich den unserm Preußenland obliegenden Pflichten einzig entspreche. Die preußische Partei wird eine Erhebung des Hauses Hohenzollern; wenn sie sicher sein darf, daß so der ille deutscher Nation ist, ebensowenig hindern wollen, als eine brandenburgische Partei vor Zeiten den Kurfürsten verwehren mochte, die preußische Krone zu tragen! Die preußische Partei wird, unter welchem Namen es auch sei, den theuern Landesherrn unterstützen, wenn er die Sorgen um das deutsche Reich zu seinen Regentenpflichten zählen müßte.

Die Preußenpartei, zu der wir Bodelschwingh und Adolph v. Rochow,

Beckerath und Camphausen, Auerswald, Schwerin und Vincke, Harkort und Graf Bülow zählen möchten, von der wir wünschen, daß sie die ganze konstitutionelle Partei umfasse, und welcher höchstens ein Radowitz, kaum ein Walter fernstehen dürfte, werden wir kennen lernen in ihrer Antwort auf die Thronrede.

Wir sind übrigens mit baierischer, schwäbischer, sächsischer Eigenthümlichkeit in so weit einigermaßen vertraut, als wir fest überzeugt sind, die Erklärung unserer Preußen zu Gunsten der Verständigung, zu Gunsten des Bundesstaats, zu Gunsten dessen, was Preußen soll und darf, niederglegt in der Adresse der Kammern an unseren König, wird in Sachsen und Würtemberg, wird in Baiern und nicht etwa bloß in Franken und in der Pfalz, sondern eben in Altbaiern einen so mächtigen überwältigenden Eindruck hervorbringen, daß die Stimmen jener Landtage, von denen die Volksstämme schon jetzt nach und nach sich lossagen, dagegen verhallen wird, wie der Nachruhm jenes Kaisers Karl aus dem Hause Wittelsbach gegen das unsterbliche Andenken unseres großen Königs!

Möchte der Geist des alten Fritz den Vertretern seines Volks mittheilen. Möchte das Preußenthum in aller Kraft und Hoheit, mit seiner vollen für Deutschland lebenerweckenden Gewalt in unserer Partei mächtig sein. Möchte dem übermüthigen Oesterreich gegenüber, welches unsere Regierung und dem Reichsministerium, allen kleinern Staaten und dem deutschen Parlament den Handschuh ins Gesicht geworfen hat, unsere Partei sich mit Begeisterung um den Thron von Hohenzollern schaaren. Das Maß von Ehrfurcht und Hochachtung, dessen Preußen auswärts genießen soll, ist in unserer Hand zu bestimmen; die Kammern sind es, welche den Glanz unserer Krone mehren können. Und daß diese Krone mehr und mehr verherrlicht werde, daß die Welt auf sie mit Bewunderung blicke, daß alle deutschen Herzen ihr freudig huldigen, dafür sorge die Rechte, die konstitutionelle Partei, dafür bürge sie wie ein Mann als Partei der echten Preußen, als vaterländische Partei! (P. C.)

Berlin, 24. Febr. Wie die Demokraten vorsprechen, so wird nachgesprochen, gutmüthig und leichtgläubig. „Es liegt alles daran, jetzt die Demokratie anzuerkennen, ihr in ihren Forderungen nachzugeben, sie zu begütigen, sie zufrieden zu stellen, ihr namentlich jetzt willfährig zu sein bei dem allgemeinen Wahlgesetz; man solle die Massen an ihren erworbenen politischen Rechten jetzt nicht schmälern, damit nur, so heißt es, diese Massen auf dem viel gefährlicheren socialen Gebiet nicht mit ungestümen Forderungen hervortreten." Daß so die Demokraten, die Demagogen, sprechen, das begreift sich, aber es begreift sich nicht, daß so auch Diejenigen sprechen, welche den dauernden Umsturz nicht wollen.

Es ist wahr, die Demagogen sehen das allgemeine Wahlrecht als ihre letzte Schanze an, und werden die äußersten Kräfte aufbieten, um sie zu vertheidigen. Sie haben darin auch vollkommen Recht von ihrem Standpunkt aus: denn, geht ihnen das allgemeine Wahlrecht verloren, so ist es vorbei mit ihrer Macht und ihrem Einfluß. Wie das? Nichts einfacher: Dies allgemeine Stimmrecht eben ist es, was ihnen selbst zu Nutze kommt, nicht den Massen. Die untersten Schichten sollen zwar ihresgleichen zu Wahlmännern wählen, aber nicht zu Deputirten, dies wollen die Leiter des Volkes sich selbst vorbehalten. Nur eben wegen dieses Stimmrechts wird den Massen so widerwärtig geschmeichelt, so abscheulich vorgelogen, nur hierauf beruht die Zärtlichkeit der Demagogen für das Proletariat. Der Demagog ist ein Amphibium, dessen ganzer Vortheil darin besteht, daß er sich bald auf das sociale, bald auf das politische Gebiet begiebt. Er stellt den Volksmassen vor, daß ihre sociale Lage verbessert werden müsse, und er stellt ihnen ihre politischen Rechte als das hohe Kleinod, als die große Errungenschaft dar. Er will ihre sociale Lage verbessern, er will ihre politischen Rechte wahrnehmen. Es ist eine Art von Theilung: der sociale Vortheil für die leidenden Massen selbst, der politische Vortheil für ihn. Das macht sich leicht und natürlich, denn das Proletariat und mit ihm ein großer Theil der unteren Schichten, deren Gesichtskreis durch die Sorge um die leidliche Existenz verengt ist, legt keinen Werth auf politischen Einfluß, hat weder Zeit noch Lust, politische Rechte auszuüben. Diese Rechte, die ihm über Nacht — durch ein Mißverständniß — zugefallen sind, es giebt sie gern hin dem, der sich darum bewirbt; es hat nur einen Wunsch, in seiner materiellen Lage gebessert zu sein. So hat sich denn der Tauschhandel zwischen dem Proletariat und der sogenannten Demokratie gemacht: jenes gab dieser die politischen Rechte hin und nahm dafür Versprechungen auf socialem Felde. Wer gewann dabei? Das Stimmrecht ist allgemein und gleich, die Stimmen von tausend oder zehntausend Köpfen fallen einem Volksführer zu, er wird eine Macht, eine Größe. Wem es an Fleiß fehlte, um sich in irgend einem bürgerlichen Geschäft zu heben, wem es an Talent fehlte, um in der großen Republik der Geister, in Kunst und Wissenschaft, zu glänzen — hier eröffnet sich ihm eine Laufbahn, er bringt es auf einmal doch zu Ansehen und Einfluß. Wir dürfen uns also wohl nicht wundern, wenn die Demagogen auf das allgemeine Stimmrecht einen so hohen Werth legen. Mit dem allgemeinen Stimmrecht geht die Demokratie zugleich zu Grabe; das wissen sie; wir wissen es aber auch, und eben aus diesem Grunde soll es fallen.

Die Demokraten drohen uns, alles aufzurühren und aufzuhetzen, Erde und Hölle zu bewegen, falls wir es wagen, ihnen das allgemeine Stimmrecht anzutasten. Sollen wir es darum nicht thun? Es kann sein, daß sie ihre Drohung ausführen, das ist gleich, wir dürfen den Kampf nicht scheuen. Fürs erste aber läßt sich die Sache mit ruhigen Worten behandeln.

Es kommt nur auf Eins an: „Ob das allgemeine Stimmrecht vereinbar ist mit einem vernünftigen Staatsorganismus, der in sich die Möglichkeit der Dauer einschließt?" Auf diese Frage antworten wir, ohne einen Augenblick zu schwanken: Nein! — Nein, das allgemeine Stimmrecht ist damit nicht vereinbar, das Gemeinwohl, der Staat fordert eine Beschränkung des politischen Stimmrechts. Dies ist keine individuelle, keine einzeln stehende Ansicht, es ist die Ansicht der Majorität der Denkenden, es ist die Ansicht, welche Vernunft und Erfahrung empfehlen, der die Geschichte das Wort redet, für welche die größten Staatsmänner freier Staaten in alter und neuer Zeit, Griechen und Römer, Britten und Amerikaner mit dem Muth der Ueberzeugung in die Schranken getreten sind.

Ist nun diese Ansicht so stark vertreten, ist diese Sache so gut und rein, so müssen wir sie auch männlich verfechten. Wenn das Gemeinwohl und der Staat selbst auf dem Spiel steht, so muß dem gegenüber jede andere Gefahr verschwinden, und käme sie auch von drohenden Demokraten her. Diese Gefahr ist keine; aber eine ungeheure, eine fortdauernde, eine stets wachsende Gefahr, eine Gefahr, der wir alle zugleich mit dem Staate erliegen müssen, würden wir schaffen, wenn wir jetzt das allgemeine Wahlrecht für die Dauer befestigen wollten.

Hierdurch aber machen wir die Feinde des Staats erst groß, wir begründen die sogenannte Demokratie, wir machen sie unüberwindlich. Wir fundiren die Anarchie. Die Demagogen werden Könige sein, sobald wir sie dafür anerkennen, und das geschieht eben durch das allgemeine Stimmrecht. Für jetzt aber stehen uns bloß Drohungen, Worte gegenüber.

Steht die Nothwendigkeit einer Beschränkung des Wahlrechts fest, alsdann muß man sich fügen in die unvermeidlichen kleinen Mängel, welche die eine oder andere Art der Beschränkung, aber sicherlich eine jede, für einzelne Fälle haben wird. Freie Völker haben in dem Census nichts Kränkendes gefunden. Steuer zu zahlen ist eine Ehre, es sind Ehrenrechte unmittelbar damit verknüpft; Pflichten und Rechte müssen in billigem Gleichgewicht stehen, und Interessen der Intelligenz sollen nicht überwogen werden von dem materiellen, das ist die Aufgabe. Wir sind nicht von vorn herein gegen den Census; habt ihr etwas besseres, gut! vortrefflich! Aber seht auch genau zu, ob es wirklich besser ist. Die Familie, auf der der Staat ruht, durch das Stimmrecht zu ehren, ist ein erhebender Gedanke, und ganz politisch. Wir wollen auch nicht daß jemand ganz ausgeschlossen, wir wollen die Scheidung der Stände nicht vergrößert, nur das Stimmrecht geregelt nach dem Verhältniß des wirklichen Antheils am Staatsorganismus, damit es nicht eine Beute sei der Heimathlosen und Verlaufenen, kurz deren, die kein Interesse haben für den Bestand, sondern nur für den Umsturz des Staats. Es soll Niemanden das Stimmrecht ganz und gar, sondern immer nur einstweilen entzogen sein, er soll immer die Aussicht behalten es sich früher oder später zu erwerben durch eigne Kraft. Ein Ehrenrecht soll es sein, das zur Kraftanstrengung spornt, und schon darum darf es weder sinnlos noch zu leichten Kaufs verschwendet werden an Würdige und Unwürdige.

Steht die Nothwendigkeit einer Beschränkung des Wahlrechts fest, so müssen auch Opfer bereitwillig gebracht werden, wen es trifft. Allein der Fall tritt kaum ein, denn, falls anders die Grenze richtig gezogen, wird selbst den Ausgeschlossenen nichts genommen, nichts, das für sie selbst Werth hätte. Nur den Demagogen wird genommen, und das mit Recht.

In keiner anderen Rücksicht, und nur so weit, wollen wir das Wahlrecht beschränkt wissen, als um dem Staat eine feste Basis zu geben, die er nicht haben kann, wenn nach der Kopfzahl die Besitzlosen das politische Uebergewicht erhalten über die Besitzenden. Und nun zeigt sich gerade, daß diese Beschränkung den Besitzlosen selbst am meisten zu statten kommt, so wie sie am härtesten getroffen werden, sobald der Staat leidet. Wenn wir alle mehr oder weniger von der Arbeit leben, so leben sie ausschließlich davon und sind bei Störungen sogleich in ihrem Leben bedroht. Die Arbeit aber hört auf, so wie der Kredit leidet, der aber wird durch nichts gründlicher erschüttert, als durch das allgemeine Wahlrecht, ja er wird dadurch je mehr und mehr zu Grunde gerichtet, weil dies Wahlrecht in schnell fortschreitender Progression die Massen demoralisirt und an sich untrennbar ist von Anarchie. Dies allgemeine Wahlrecht, das die Demagogen den Massen darstellen als eine Errungenschaft, gerade dies ist also ihr Unheil; davon befreit zu werden wäre für sie kein Verlust, sondern Gewinn. Dies einzusehen, darin liegt vielleicht das gesuchte Arcanum für die Lösung der sozialen Frage. (Voss. Z.)

Frankfurt a. M., 22. Februar. In der 157sten Sitzung der konstituirenden Reichsversammlung wurden die §§. 3 und 4 in folgender Fassung angenommen:

§. 3. Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: Personen, denen durch rechtskräftige Erklärung nach den Gesetzen des Einzelstaates, wo das Urtheil ergangen, entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt sind.

§. 4. Des Rechts zu wählen soll, unbeschadet der sonst verwirkten Strafe, für die Zeit von vier bis zwölf Jahren durch strafgerichtliches Erkenntniß verlustig gehen: wer bei den Wahlen Stimmen erkauft, seine Stimme verkauft, oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben, oder als Beamter seine Stellung zur Einwirkung auf die Wahlen mißbraucht oder zur Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesetzlich unzulässige Mittel angewendet hat.

Aus dem Holsteinischen, 21. Februar. Wir wissen, daß Holstein bei Deutschland bleiben soll, und daß Bunsen jetzt in London eintrifft. Schleswigs Geschick ist ein Räthsel, und Alles wird so geheim gehalten, daß man die Abschaffung der Geheimräthe als unnütz betrachtet. Mit der gemeinsamen Regierung ist man indessen einverstanden und bezweifelt es nicht, daß ihr Kriegsminister seine Pflicht thut. Es wird weit mehr gerüstet, als man meint, neue 8500 Rekruten sollen bis zum 10. März eintreten, die Marine-Kommission, unter Leitung des Majors v. Heß, ist fleißig und sorgt für Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften, Kanonen, Dampfschiffe und Kanonenböte. Am nächsten Montag soll eine Versammlung in Rendsburg stattfinden, um zu berathen, wie auf Privatwegen außerordentliche Volksrüstungen zu treffen wären, wobei man indessen nicht ganz mit den Demonstrationen der Art einverstanden ist. Freilich kann man sich nicht ganz auf Reichstruppen verlassen, weil möglicher Weise im März kein Reichsministerium mehr existirt, sofern es den Oesterreichern gefällt, die Nationalversammlung zu beseitigen, und Herr Welcker als Abgeordneter gegen die Ansichten, welche er als badischer Bevollmächtigter im Namen seines Großherzogs auszusprechen beauftragt gewesen, zu agitiren sich nicht scheut. Dänemark lauert auf ein solches Schisma, und die Schmähungen und schadenfrohen Verhöhnungen in der dänischen Presse mögen den Deutschen zeigen, welche Gegner sie an jenem Lande haben und wie wir untergehen würden, wenn wir wieder in deren Hände fielen. Sollte nun ein Bouleversement in Frankfurt eintreten, so werden wir uns allein helfen müssen, et le ciel nous aidera. Denn nur Gewaltherrschaft, nur die Besetzung der Herzogthümer durch dänische Militär-Despotie kann uns unterjochen, wobei freilich die Universität unterginge, die Presse vernichtet, die deutsche Sprache und Kultur verfolgt würden; allein was kümmert man sich darum in Kopenhagen? Ein dänischer Windischgrätz ist übrigens nicht recht wahrscheinlich. Man wird die armen Drehorgeln konfisziren, bei welchen man „Schleswig-Holstein" singt, das Privat-Eigenthum der Augustenburger aufzehren, Kriegssteuern ausschreiben und trotz dem wird die Maschine stocken. Denn die Idee läßt sich nicht tödten. Freedoms battle once begun, bequeath'd from bleeding sire to son, though baffled oft is ever won. Einstweilen rüsten wir in vollem Ernste ohne es eben

an die große Glocke zu hängen. Es kann noch zu einem Verzweiflungskampfe kommen, obschon es in einigen größeren Städten Philister giebt, welche à tout prix Frieden wünschen und die Büchsen höchstens für Scheibenschießen zweckmäßig halten. Die Zukunft unserer Lande ist sehr in Dunkel gehüllt, aber das bleibt doch gewiß, daß wir Deutsche sind und bleiben. Die Zeit der Reunions-Kammern ist vorüber. (H. C.)

Oesterreich.

Wien, 20. Februar. Der Slavenball, welcher jährlich in der Karnevalszeit mit großer Pracht und Feierlichkeit abgehalten wurde und hinsichtlich seines glänzenden Arrangements den ersten Platz einnahm, unterblieb diesmal, obgleich er am 19ten d. Mts. ganz gewiß abgehalten werden sollte. Der Ball-Unternehmer gab sich vergebliche Mühe, die hier lebenden Slaven dazu zu bewegen, welche ihm endlich erklärten: „Jetzt sei es an der Zeit zu weinen und nicht Bälle zu veranstalten." — Höheren Orts verbreitet sich wiederholt das Gerücht und zwar nicht ohne Wahrscheinlichkeit, daß der Kaiser am 13. März nach Wien kommen soll, bis zu welcher Zeit der Belagerungszustand aufzuhören hat. Der 14. März sei zur erneuerten Herausgabe der Konstitution, der 15. zur Huldigung Sr. Majestät bestimmt, um somit das Andenken an die Befreiungstage des Jahres 1848 zu feiern. Sollte dies verwirklicht werden, es wäre in der That von großer Beruhigung für die noch immer bewegten Gemüther. (Schl. Z.)

Wien 21. Februar. Der in Hermannstadt versammelte Kriegsrath hat beschlossen, die Russische Hilfe für Hermannstadt und Kronstadt in Anspruch zu nehmen, da besonders die letztere reiche Handelsstadt durch den Einfall der Szekler in das Sachsenland der größten Verwüstung preisgegeben worden wäre. Es sind daher am 1. Februar 6000 Mann Russische Truppen in Kronstadt und 4000 Mann in Hermannstadt eingerückt. In seinem Berichte an das Ministerium sagt F. M. L. Puchner, daß diese Hilfe der Russischen Truppen nur auf den momentanen Schutz der Sächsischen Städte berechnet ist und daß von einer aktiven Theilnahme derselben an der weiteren Bekämpfung der Rebellion keine Rede sein kann. — Nachdem für den Schutz der Sächsischen Hauptstädte gesorgt war, ergriff F. M. L. Puchner mit den ihm zu Gebote stehenden Streitkräften die Offensive, vertrieb nach einem mörderischen Kampfe den Gen. Bem aus seiner vortheilhaften Stellung bei Salzburg, dann aus Mühlbach und endlich aus Szäß-Baros, nachdem er ihm bei Salzburg 16 Kanonen nebst viel Munition und Gepäck, so wie bei Kellnek 700 Gefangene, 2 Kanonen und fast das ganze Gepäck abgenommen hatte. Der Verlust der K. K. Truppen war bedeutend; jener des Feindes aber sehr groß, da die erbitterten Truppen nur wenige Gefangene machten.

— Ich erhalte so eben aus sicherer Quelle die Nachricht aus Ungarn, daß sowohl **Bem** als **Perczel** gefangen worden sind. Bem war bei einer Rekognoszirung, die er unter geringer Bedeckung vorgenommen hatte, von einem Haufen von Bauern überfallen und gefangen an die österreichische Militairbehörde abgeliefert worden. Die Bauern waren nämlich über ihn erbittert, weil er mehrere aus ihrer Mitte hatte hinrichten lassen. (D. Ref.)

Frankreich.

Paris, 20. Februar. L. Napoleon hielt gestern, von Generalen und zahlreichem Stabe begleitet, auf dem Marsfelde Heerschau über 20 Bataillone und 9 Eskadronen nebst Artillerie. Die Truppen manövrirten trefflich und defilirten zuletzt unter Vivats für den Präsidenten. — Nach der „Estafette" haben eine Anzahl Repräsentanten, die zur gemäßigten Partei gehören, das Patronat von Thiers und Molé aber ablehnen, ein Wahlkomite gebildet, zu dessen Präsidenten Napoleon Bonaparte ernannt und zugleich mit Abfassung des Programms beauftragt ward. Man wünscht das Komitee auf 120 Mitglieder zu bringen, die zur Hälfte aus Repräsentanten, zur Hälfte aus Generalen, Ex-Deputirten und sonstigen angesehenen Männern bestehen soll. — Im Repräsentantenvereine Poitiers herrscht fortwährend bezüglich der Bildung des Wahlkomitees zwischen Thiers und Berryer einerseits, und Larochejaquelin andererseits Uneinigkeit, weil letzterer will, daß die verschiedenen Ansichten, nämlich Conservative, Legitimisten, Bonapartisten und Republikaner des Vorabends, in ganz gleicher Zahl im Komitee vertreten sein sollen. — Die Regierung hat entschieden, daß über angeblich seit Kurzem am Senegal entdeckte Goldlager eine gründliche Untersuchung angestellt werden soll. — Die Tuillerien, wo seit dem 29. Jan. Truppen einquartiert waren, sind jetzt geräumt worden. — Die Volksbank Proudhons macht schlechte Fortschritte. In den ersten zwei Tagen wurden 15,000 Fr., seitdem aber in sechs Tagen nur 2000 Fr. unterzeichnet, worunter 200 von Proudhon's Gegner Considériant.

Paris, 20. Februar. Die gestrige durch Cavaignac an den General Changarnier gerichtete Interpellation veranlaßte die Regierung zu einer heute im „Moniteur" befindlichen Note, in welcher sie den Grundsatz aufstellt, daß ein Staatsdiener, so hoch immer der Posten sein möge, den er bekleide, nicht zur Rede gezogen werden könne, sondern daß das Ministerium allein der Kammer Rechenschaft schuldig sei. Gegen diese streng konstitutionelle Ansicht läßt sich durchaus nichts einwenden, nur hätte der nominelle Kriegsminister denn auch derselben gemäß das Wort verlangen und sie geltend machen sollen, statt hinterher ein Recht in Anspruch zu nehmen, dessen sich nicht zu begeben er vollständig Herr gewesen war. Der General Changarnier war übrigens in seiner Entgegnung nicht sehr glücklich; mit Befremden mußte man ihn den Vorwurf der Undankbarkeit gegen Cavaignac aussprechen hören, welcher ihm, so wie seinen übrigen afrikanischen Waffengefährten die bedeutendsten Stellen angewiesen habe, und der Protektor-Ton, mit welchem er sich gegen den in allgemeiner Achtung so hoch stehenden Mann vernehmen ließ, war ganz und gar nicht an seiner Stelle. —

Indem der unterzeichnete Verein den von hier nach Berlin verlegten Bataillonen unserer Garnison ein herzliches Lebewohl nachruft, fühlt er sich gleicherweise gedrungen, das hier eingerückte 24ste Infanterie-Regiment nach alter Soldatenmanier kameradschaftlich zu begrüßen.

Wohl hat er erkannt, welches Verdienst das ehrenwerthe Regiment sich erworben, indem es unter den schwierigsten Verhältnissen mit treuer Hingebung seine Pflicht redlich erfüllte und die preußische Soldatenehre, diesen höchsten Stolz unseres Standes, fleckenlos bewahrte.

Märker und Pommern, sie ließen sich durch nichts beirren, wo es die Ehre und den Ruhm des Vaterlandes galt; sie gingen hierbei stets Hand in Hand, und so bieten auch wir jetzt unsern geehrten Gästen die treue Kameradenhand.

Stettin, den 25sten Februar 1849.

Der patriotische Militair-Verein zu Stettin.

Getreide-Bericht.

Berlin, 24 Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: **Weizen** nach Qualität 55—58 Thlr.

Roggen, in loco $26\frac{1}{2}$—$27\frac{1}{2}$ Thlr., schwimmend $26\frac{1}{2}$—27 Thlr., pro Frühjahr 82pfd. $26\frac{3}{4}$ Thlr. Br., $26\frac{1}{2}$ G., pro Mai—Juni $27\frac{1}{2}$ a 27 Thlr., pro Juni—Juli $28\frac{1}{2}$ a $28\frac{1}{4}$ Thlr

Gerste, große, in loco 23—25 Thlr., kleine 19—21 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 14—16 Thlr., pr. Frühjahr 48pfünd. $14\frac{1}{4}$ Thlr. Br.

Erbsen, Kochwaare 30—32 Thlr., Futterwaare 27—29 Thlr.

Rüböl, in loco $13\frac{2}{3}$ Thlr. Br., $13\frac{1}{2}$ a $\frac{7}{12}$ bez. u. G, pro diesen Monat $13\frac{2}{3}$ Thlr. Br., $13\frac{1}{2}$ a $\frac{7}{12}$ bez., pro Febr.—März $13\frac{1}{2}$ Thlr. Br., $13\frac{5}{12}$ a $\frac{11}{24}$ bez., pro März—April $13\frac{5}{12}$ Thlr. Br., $13\frac{1}{3}$ G., pro April—Mai, pro Mai—Juni und pro Juni—Juli $13\frac{1}{3}$ Thlr. Br., $13\frac{1}{4}$ G., pro Juli—August $13\frac{1}{6}$ Thlr. Br., $13\frac{1}{12}$ G., pro August—Septbr. 13 Thlr. Br., pro Septbr.—Oktbr. $12\frac{2}{3}$ Thlr. Br., $12\frac{7}{12}$ bez. u. G.

Leinöl, in loco 11 Thlr. Br., auf Lieferung pro April—Mai $10\frac{2}{3}$ Thlr. Br., $10\frac{1}{2}$ bez.

Spiritus, in loco ohne Faß $15\frac{1}{8}$ Thlr. bez. u. G., pro Febr. $15\frac{1}{4}$ a 15 Thlr., pro März $15\frac{1}{3}$ a $15\frac{1}{4}$ Thlr., pro Frühjahr $15\frac{7}{8}$ Thlr. bez. u. Br., $15\frac{3}{4}$ G., pro Mai—Juni $16\frac{1}{2}$ Thlr. Br., $16\frac{1}{4}$ bez. u. G., pro Juni—Juli $17\frac{1}{4}$ Thlr. Br., 17 bez.

Berliner Börse vom 24. Februar.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw Anl.	5	$100\frac{3}{4}$	—		Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	92	—	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{4}$	$79\frac{3}{4}$		Kur-&Nm.do.	$3\frac{1}{2}$	$92\frac{3}{4}$	—	
Seeh. Präm-Sch.	—	—	$98\frac{1}{2}$		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	—	—		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	—	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	88	87	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	$85\frac{1}{2}$						
Grosh. Posen do.	4	—	96		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{3}{4}$	$81\frac{1}{4}$		And. Gldm. a 5 tlr.	—	$12\frac{1}{2}$	12	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{2}$		Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$	

Ausländische Fonds.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	$91\frac{5}{8}$	—	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	$74\frac{1}{2}$	—	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	$100\frac{1}{2}$	100	
do. Stiegl. 2 4 A.	4	$86\frac{3}{4}$	$86\frac{1}{4}$		Hamb. Feuer-Cas	$3\frac{1}{2}$	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	$107\frac{1}{2}$	107		Holl. $2\frac{1}{2}$ o/o Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—	
do. Poln. Schatz O	4	$71\frac{1}{4}$	$70\frac{3}{4}$		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	28	$27\frac{3}{4}$	
do. do. Cert. L. A.	5	$84\frac{1}{4}$	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	—		N. Bad. do. 35 Fl.	—	$16\frac{1}{4}$	16	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	92	$91\frac{1}{2}$						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr 47	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	$7\frac{3}{4}$	$75\frac{1}{2}$ B.
do. Hamburg	4	$2\frac{1}{2}$	51 B.
do. Stettin-Stargard	4	6	$87\frac{1}{2}$ B.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	$54\frac{1}{2}$ a 54 bz.
Magd.-Halberstadt	4	7	110 bz.
do. Leipziger	4	15	—
Halle-Thüringer	4	—	$49\frac{1}{2}$ bz. u. G.
Cöln-Minden	$3\frac{1}{2}$	—	78 B.
do. Aachen	4	4	49 bz.
Bonn-Cöln	5	—	—
Düsseld.-Elberfeld	4	$4\frac{1}{2}$	—
Steele-Vohwinkel	4	—	36 B.
Niederschl. Märkisch.	$3\frac{1}{2}$	—	$71\frac{1}{4}$ B.
do. Zweigbahn	4	—	—
Oberschles. Litr. A.	$3\frac{1}{2}$	6	$92\frac{1}{2}$ B.
do. Litr. B.	$3\frac{1}{2}$	6	$92\frac{1}{2}$ B.
Cosel-Oderberg	4	—	—
Breslau-Freiburg	4	5	—
Krakau-Oberschles.	4	—	38 B.
Bergisch-Märkische	4	—	58 B.
Stargard-Posen	$3\frac{1}{2}$	—	70 B.
Brieg-Neisse	4	—	—
Quittungs-Bogen.		Einz.	
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—
Aachen-Mastricht	4	30	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.			
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	$36\frac{7}{8}$ a $\frac{1}{2}$ bz.

Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl-Anhalt	4	88 B.
do. Hamburg	$4\frac{1}{2}$	93 B.
do. Potsd.-Magd.	4	84 B.
do. do	5	95 B.
do. Stettiner	5	$102\frac{3}{4}$ G.
Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$85\frac{1}{2}$ bz. u. B.
Cöln-Minden	$4\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{2}$ B.
Rhein. v. Staat gar.	$3\frac{1}{2}$	—
do. 1 Priorität.	4	—
do. Stamm-Prior.	4	$86\frac{1}{4}$ G.
Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl.-Märkisch.	4	86 bz.
do. do	5	99 B.
do. III. Serie.	5	$94\frac{1}{2}$ B.
do. Zweigbahn	$4\frac{1}{8}$	—
do. do.	5	80 G.
Oberschlesische	4	—
Cosel-Oderberg	5	$95\frac{1}{2}$ G.
Steele-Vohwinkel	5	$87\frac{1}{2}$ B.
Breslau-Freiburg	4	—
Ausl. Stamm-Actien.		
Dresden-Görlitz	4	—
Leipzig-Dresden	4	—
Chemnitz-Risa	4	—
Sächsisch-Bayerische	4	—
Kiel-Altona	4	$88\frac{1}{2}$ B.
Amsterdam-Rotterdam	4	—
Mecklenburger	4	35 B.

Barometer- und Thermometerstand

bei C. F. Schulz & Comp.

Februar.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	24	334,71'''	332,92'''	331,02'''
Thermometer nach Réaumur.	24	+ 0,6	+ 3,5°	+ 3,6°

Beilage.

Beilage zu No. 48 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Montag, den 26. Februar 1849.

Deutschland.

Berlin. In einem Zeitungsartikel, überschrieben „An unsere Mitbürger", schildern die hiesigen Kattundrucker ihre traurige Lage und scheinen dieselbe zum Theil der Nichterfüllung eines Abkommens beizumessen, welches sie im April v. J. mit den Fabrikbesitzern getroffen haben wollen. Das Wahre an der Sache ist, daß zu jener Zeit, da alle Bande der Ordnung in unserer Stadt gelöst schienen, und keinem Verbrechen wie sonst die Strafe folgte, die Kattundrucker zunächst die Einstellung sämmtlicher Arbeiten auf den hiesigen Fabriken erzwangen, dann aber unter Androhung des Zerstörens und selbst blutiger Excesse den Fabrikunternehmer nöthigten einen Vertrag zu schließen, demzufolge diese in eine überaus lästige Beschränkung des Maschinendrucks willigten, vorausgesetzt, daß alle Kattunfabriken des Zollvereins sich denselben Bedingungen unterwerfen. Diese letztern gingen nicht allein hierauf nicht ein, sondern tadelten die falsch angebrachte Nachgiebigkeit der Berliner Fabrikbesitzer, und somit war jener Vertrag von selbst aufgehoben. Dennoch wurde er, um fernere Ruhestörungen zu vermeiden, 5 Monate hindurch von den Unternehmern zu ihrem größten Nachtheil gehalten, ohne daß er den Druckern vermehrte Beschäftigung gewährt hatte, denn das handeltreibende Publikum hatte sich entschieden gegen die theuern, bunten und unvollkommenen Waaren erklärt und bestand auf die billigen und mittelst Maschinen vollkommener gedruckten. Die Drucker aber wollten im verwichenen Oktober die fernere Aufrechthaltung des Vertrages erzwingen, bis endlich zur Bildung einer schiedsrichterlichen Commission geschritten wurde, welche nächst einem zu fällenden Urtheil über die Deutung jenes Abkommens, die Mittel finden sollte, die Partheien zu vereinigen. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe war die Ursache, daß sie erfolglos blieb, und aus Rücksichten der Humanität — aus keinen andern — erboten sich die Fabrikbesitzer außer den bereits bisher beschäftigten Druckern noch 70 andere, welche pro rata vertheilt wurden, während des Winters bis zum 1. März 1849 zu ernähren und jeden Mann mit 10 Sgr. für jeden Tag zu entschädigen, wenn, wie schon mit Gewißheit vorauszusehen war, die Arbeit fehlte. — Nicht eine der 4 betreffenden Fabriken war im Stande, hinreichende Beschäftigung für die Drucker zu finden, und es wurden Tausende an Entschädigungsgeldern geopfert. Hierdurch ist der schlagendste Beweis geliefert, daß der Handdrucker ganz entbehrlich ist und die unbeschäftigten Hände-Drucker, wie die so vieler, die durch Maschinen ersetzt werden, zu anderer Beschäftigung hinüber geleitet werden müssen; zu wünschen ist, daß ihnen hierzu recht bald Gelegenheit geboten werde. „Ist sonach seitens der Fabrikbesitzer mehr gethan worden als in irgend einem anderen Geschäftszweige, so erheischt jetzt die Pflicht der Selbsterhaltung, jeder künstlichen Prozedur ein Ende zu machen, die nur dazu führen würde, die Gesammtzahl der unbeschäftigten Arbeiter zu vermehren; ein Resultat, das ganz unzweifelhaft erscheint, wenn die Berliner Kattundrucker allein in die Nothwendigkeit versetzt werden sollen, mittelst Handdruck dasjenige langsam, kostspielig und unvollkommen zu fertigen, was andere Fabriken auf kürzerem und billigerem Wege besser hervorbringen. Wenn es nun auch den Kattundruckern gelänge, die ausgesprochene Drohung auszuführen und „die eisernen Arbeiter aus der Werkstatt zu werfen", so können sie allerdings den Fabrikunternehmern großen Schaden zufügen; sie können Tausende von Arbeitern verschiedenster Art, welche durch die Kattunfabriken ihren Unterhalt finden, brodlos machen; wie sie aber auf diese Weise für sich selbst Brod erwerben wollen, möchte sich schwer darthun lassen. (V. Z.)

— Ein Geistlicher der Provinz Brandenburg ist, weil er wegen Majestäts-Beleidigung zur Untersuchung gezogen worden ist, vom Consistorium vom Amte suspendirt worden. Derselbe hat hiergegen den in letzter Zeit vielfach gemachten Einwand erhoben, daß nach §. 12. der Verfassungs-Urkunde vom 5. v. M. jede Religions-Gesellschaft ihre Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und zu verwalten berechtigt sei, und in diesem Rechte nicht durch eine vom Staat eingesetzte Behörde beschränkt werden dürfe, weshalb einer Gemeine um einer bloßen Verdächtigung willen ohne Urtheil und Recht ihr Prediger nicht entzogen werden könne, wenn diese nicht ihre Zustimmung zu einem solchen Verfahren ertheilt habe. Auf diese Protestation ist dem betreffenden Geistlichen der nachstehende, als Entscheidung einer Prinzipienfrage wichtige Bescheid zugegangen: „Der Artikel 12. der Verfassungs-Urkunde hebt, abgesehen davon, daß nach §. 109. derselben alle durch die bestehenden Gesetze angeordneten Behörden bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit bleiben, in keiner Art die Befugniß der kirchlichen Oberbehörden auf, Geistliche wegen Verbrechen und Dienstvergehen resp zur Criminal- und Disciplinar-Untersuchen ziehen, und in den gesetzlich bestimmten Fällen vom Amte suspendiren zu lassen. Ebensowenig enthält dieser Artikel 12. eine Bestimmung, nach welcher die Behörden zur Ausübung und Geltendmachung dieser Befugnisse der Zustimmung der betreffenden Gemeine bedürfen sollen und diese haben daher überall kein Recht zu verlangen, daß die geistliche Oberbehörde einen Geistlichen in der Ausübung seines Amtes ferner belasse, gegen den so erhebliche Verdachtsgründe eines begangenen Verbrechens vorliegen, daß deshalb die Einleitung einer Criminal-Untersuchung hat erfolgen müssen.

Hannover, 21. Februar. In beiden Kammern wurde heute mitgetheilt und verlesen: 1) der Vortrag des Ministeriums an den König über den Gang der ständischen Verhandlungen und ihren darnach gefaßten Entschluß, zu resigniren, 2) die Erklärung des Königs darüber. In dem ersteren zeigen die Minister an, daß nach der Abstimmung der zweiten Kammer in der Frage über die Grundrechte die große Mehrheit derselben in einem entschiedenen Widerspruche mit den Grundsätzen des Ministeriums stehe, und daß diesem, da es nur im verfassungsmäßigen Wege und nur mit dem Prinzipe der unbedingtesten Wahrheit regieren könne, nichts Anderes übrig geblieben sei, als um seine Demission zu bitten. In der Erklärung des Königs werden von Diesem die Beweggründe der Minister zu diesem Schritte gewürdigt, ihr aufopfernder Patriotismus wird anerkannt, mit einer gewissen Natürlichkeit aber zugleich der Zweifel ausgedrückt, ob er so ehrliche und tüchtige Männer, von denen die Regierung des Königreichs zu führen sei, werde wieder finden können. Seine Entschließung behält der König sich darin noch vor, bis auch die erste Kammer die Frage wegen der Grundrechte erledigt haben werde. — In der ersten Kammer ist nun heute bereits der Antrag gestellt, den Beschluß der zweiten wegen unbedingter Anerkennung der Grundrechte sogleich anzunehmen; es wird darüber noch verhandelt. Die zweite Kammer hat sich dagegen bis morgen wieder vertagt. — Die erste Kammer hat festgehalten und mit 32 gegen 25 Stimmen den Beschluß der zweiten verworfen. Es treten nun also Konferenzverhandlungen ein.

Jena, 13. Februar. Vor einigen Tagen hat die hiesige philosophische Fakultät durch ihren derzeitigen Dekan, Professor Göttling, dem Reichs-Ministerialpräsidenten Heinrich von Gagern, „academiae jenensis olim alumno, nunc, renascentis Germaniae speir, decori, columini, non ut honores videretur augere viro honoratissimo, sed ut tam cari nominis amorem existimationem, fiduciam publice contestaretur", das Ehrendoktor-Diplom übermachen lassen. (Franz. Journ.)

Aus Schleswig-Holstein, 21. Februar. Während alle Gemüther ruhig und ernst dem Momente entgegenharren, der etwas Entscheidendes über unsere Zukunft bringen soll, können die Dänen kaum den bald eintretenden Zeitpunkt der Lösung der Schleswigschen Frage abwarten, ohne zuvor mit ihrem ultranationalen Patriotismus überzuschnappen und in eine neue vertragswidrige Haltung zu gerathen. Wahrscheinlich um eine Waffenübung vorzunehmen, versuchte es eine kleine Zahl Dänischer Soldaten der Garnison auf Alsen, einen Ausfall auf die an der Grenze bei Sundewitt postirten Schleswig-Holsteinischen Truppen zu machen und sollen sie sogar, da sie 2 Kanonen mitgeführt, ein Geschützfeuer unterhalten haben. Da diesseits nur eine kleine Patrouille, natürlich ohne Geschütz und sonstige Vorbereitungen zur erfolgreichen Gegenwehr, auf dem Platze war, so zog sie sich zurück und ließ ruhig das Pulver der Dänen verschießen, zumal es Niemanden gefährden konnte. Auf der bekannten düppeler Mühle auf Sundewitt haben sie noch zuvor, bevor sie abzogen, den Dannebrog aufgepflanzt, der indeß bald von den herbeigekommenen verstärkten schleswig-holsteinischen Jäger zertrümmert wurde. Solche Vorfälle bezeichnen hinlänglich das rücksichtslose Verfahren der Dänen Angesichts der augenblicklichen Unterhandlungen in London, um mit aller Gewalt einen Kampf aus dem Stegreif in den Herzogthümern zu improvisiren. Dies scheitert jedoch au der Besonnenheit der Anordnungen, welche unser Kriegs-Departement zur Bewachung der Grenzscheiden getroffen. Dieser Zwitterzustand wird indeß bald aufhören.

Die gemeinsame Regierung hat beschlossen, da die Insulte gegen die schleswig-holsteinische Post kein Ende nehmen, und wenn die nöthige Sicherheit für den Postverkehr in Kolding geboten werden soll, die Post nur bis Hadersleben gehen und daselbst von den Dänen abholen zu lassen.

Die Demoralisation nimmt auf der Insel Alsen von Tag zu Tag immer mehr überhand und den Deutschen wird die sonst so schöne Insel durch den dänischen Uebermuth bitter verleidet. Gegen die früheren Beamten des Herzog von Augustenburg wird eine grausenhafte Despotie geübt und augenblicklich ist es ihnen sogar untersagt worden, nach den Herzogthümern zu korrespondiren.

Es heißt, daß an Stelle des in Ruhestand versetzten Oberkonsistorialraths Dr. Claus Harms in Kiel, der ja auch in weiteren Kreisen als ausgezeichneter Gelehrter und Kanzelredner bekannt ist, Professor Harleß in Leipzig berufen werden soll.

Großbritannien.

London, 19. Februar. Die Times verbreitet sich heute über die Nothwendigkeit, das Atlantische mit dem Stillen Meere baldmöglichst zu verbinden. Außer den zwei vorgeschlagenen Plänen, Chagres mit Panama in Verbindung zu bringen, oder auf dem Isthmus von Tehuantepec einen Kanal anzulegen, empfehle sich besonders ein dritter Plan. Die Nicaraguasee nämlich stehe mit dem Atlantischen Meere durch den Fluß San Juan in Verbindung, und sei leicht schiffbar zu machen. Der See von Nicaragua sei 90 Meilen lang und für jedwede Schifffahrt tauglich. Dieser See stehe durch den Fluß Titipapa mit dem kleinen Leonsee in Verbindung; der genannte Fluß sei 20 englische Meilen lang und ebenfalls leicht fahrbar zu machen. Der Leonsee sei nur 29 englische Meilen vom Stillen Meere entfernt; 11 Meilen vom See laufe aber schon der Fluß Tozta, mit welchem der See in Verbindung zu bringen wäre, worauf man im Hafen Rialejo ins Stille Meer einlaufen würde. Bemerkenswerth sei, daß die Wasserverbindung durch ein sehr gesundes Land sich hinziehen würde.

London, 19. Februar. Die englischen Journale von heute sind gänzlich inhaltsleer: ein Unfall, der sich im Theater in Glasgow ereignete, giebt viel zu reden. Eine Gasröhre war gesprungen, worauf Alles sich nach den Thüren drängte. Im Gedränge sollen 61 Menschen umgekommen sein.

— Von Seiten des britischen Konsuls auf den Azoren wird gemeldet, daß ungefähr in der Mitte zwischen den Inseln St. Michael und Terceira ein sehr gefährliches Felsenriff entdeckt sei, an welchem die See sich schwer breche. Die Angaben über die Lage desselben weichen ab zwischen 38 Grad 16' und 38 Grad 18' nördlicher Breite, und zwischen 26 Grad 41' und 26 Grad 50' westlicher Länge von Greenwich. Die Mitte davon angenommen, liegt das östliche Hochland von Terceira nach dem Kompaß nordwestlich 27 Meilen und das westliche Ende von St. Michael südöstlich ein Viertel südlich 45 Meilen. — Die Erfahrung lehrt, daß in jener Gegend die Bildung felsiger Inseln durch unterirdische Vulkane häufig vorkommt, und ist daher für die Schiffsführer Grund genug vorhanden, jene, von heimkehrenden Schiffen oft befahrene Straße mit Vorsicht zu passiren.

Stadtverordneten = Versammlung.

Oeffentliche Sitzung am Dienstage den 27sten d. M., Nachmittags 5½ Uhr, in der Aula des Gymnasiums. Unter anderem: von dem Magistrat mitgetheilte Berathungen über den von dem Staats-Ministerio ausgegangenen Gesetzentwurf zur Gemeindeordnung, Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung. — Mittheilung des Magistrats, betreffend die Amortisation der Stettiner Stadt = Obligationen Littr. F. — Prolongation des Miethskontrakts über das Landhaus Friedrichsgnade. — Vorlage der von den Stadtverordneten = Kommissarien revidirten Bürger-Rollen pro 1849. — Anstellung eines zweiten Wundarztes erster Klasse in dem Krankenhause.

Eicksen.

Die Versammlung von Freunden der inneren Mission, welche wir auf den 15ten d. Mts. angesetzt hatten und wegen Krankheit des Hrn. Wichern in Hamburg aufzuschieben genöthigt waren, wird nunmehr am

Mittwoch den 28sten d. Mts., Nachmittags 5 Uhr,

im Saale der Elisabethschule hierselbst statt finden. Herr Wichern hat uns seinen Besuch und seine Mittheilungen über innere Mission aufs Neue zugesagt. Wir laden alle Freunde der Sache zur Theilnahme dringend und ergebenst ein.

Stettin, den 21sten Februar 1849.

Comittee des Vereins für innere Mission.

Subhastationen.

Subhastations = Patent.

Von dem Königlichen Land= und Stadtgerichte zu Anclam soll das dem Nagelschmiedemeister Johann Philipp Wilhelm Voigt zugehörige, in der Frauenstraße belegene, im Hypothekenbuche pag. 581 int moen. verzeichnete Wohnhaus, nebst dem vor dem Stolperthore als Pertinenzstück dazu gehörigen Garten von 40 □Ruthen Fläche, zusammen abgeschätzt auf 5608 Thlr. 25 sgr. 3 pf., im anderweitig angesetzten Termin den

28sten July 1849, Vormittags 10 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege nothwendiger Subhastation öffentlich verkauft werden. Taxe und Hypothekenschein sind in der Registratur einzusehen.

Anklam, den 20sten Dezember 1848.

Königliches Land= und Stadtgericht.

Auktionen.

Auktion am 28sten Februar c., Vormittags 9 Uhr, gr. Oderstraße No. 8, über Sopha, Spiegel, zwei Schreibepulte, Spinde, Komoden, Waschtoilette, Tische, Stühle u. dgl. m. Reisler.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Trockenes fichten Klobenholz, a 4¼ Thlr., offeriren Köhlau & Silling.

Bestes trockenes Büchen-Klobenholz, erste Sorte, zu 8 Thlr., desgleichen Eichen-Klobenholz, zu 6 Thlr., ist noch bei mir zu haben. Christ. Ernst Juppert.

Torf-Verkauf.

Von dem zu Stettin auf dem Pollschen Holzhofe gelagerten Torf aus meiner Torfstecherei hierselbst verkaufe ich:

die Klafter 2 Thlr. 15 sgr.,
das Mille zu 1 Thlr. 27 sgr. 6 pf.,

frei bis vor die Thür innerhalb der Stadt 7 sgr. 6 pf. mehr.

Der Torf ist geruchfrei, trocken und zeichnet sich wegen seiner vorzüglichen Heizkraft aus.

Die Klafter enthält circa 1300 Stück und wird sie zugemessen in Körben a 2 Kubikfuß, welche wurfrecht bis zum Strich gefüllt und 54 solcher Körbe voll einer Klafter gleich gerechnet werden.

Bestellungen werden im Fürst Blücher angenommen.

Jasenitz, den 4ten Januar 1849.

W. A. Brosowski.

Büchen Klobenholz, a Klafter 7 Thlr. 10 sgr., bei E. Rosenthal.

Gänzlicher Ausverkauf
der
Manufactur- u. Modewaaren-Handlung,
Kohlmarkt **433**, im Hause des Sattlermeisters Herrn Reinbold.

Vermiethungen.

Grapengießerstraße No. 416, eine Treppe hoch, sind 2 schöne Stuben mit eleganten Möbeln zu vermiethen.

Mehrere Wohnungen sind zu vermiethen in Grünthal bei Schellberg.

Ein Pferdestall zu 2 bis 3 Pferden ist zum 1sten März zu vermiethen große Wollweberstraße No. 561. Das Nähere unten rechts.

Kl. Paradeplatz No. 493 ist die Unterwohnung, bestehend aus 3 Stuben nebst Zubehör, zum 1sten April d. J. zu vermiethen. Näheres 1 Treppe hoch, beim Wirth.

Roßmarkt No. 720 ist die dritte Etage zum 1sten April zu vermiethen.

Frauenstraße No. 904 ist im Hinterhause eine kleine freundliche Wohnung nebst Zubehör, wegen schleuniger Versetzung des bisherigen Miethers, sofort zu vermiethen.

Louisenstraße No. 738 ist zum 1sten März eine Stube mit Möbeln zu vermiethen.

Eine sehr schöne Stube ist an Herren zu vermiethen. Näheres Breitestraße No. 370 bei Nehring.

Eine Unterwohnung nebst Laden und Remise und ein Boden ist zum 1sten April oder auch sogleich zu vermiethen kleine Wollweberstraße No. 728.

☞ Eine auch zwei Stuben sind sogleich mit auch ohne Möbeln zu vermiethen große Domstraße No. 666, parterre.

Eine herrschaftliche Unterwohnung von sieben aneinanderhängenden, nach dem Marienplatze und der kleinen Domstraße gelegenen Stuben nebst Zubehör, und eine Treppe hoch 4 Stuben, Küche nebst Zubehör, ist zum 1sten April d. J. zu vermiethen.

Schuhstraße No. 860 ist die bel Etage, bestehend in 5 aneinander hängenden Zimmern nebst Corridor und sonstigem Zubehör, sofort zu vermiethen. Das Nähere Breitestraße No. 352.

Große Papenstraße No. 452 ist die 2te und 3te Etage, von drei Stuben, drei Kammern und Zubehör, zum 1sten April miethsfrei.

Frauenstraße No. 911 a ist die 2te und 3te Etage, aus 4 und 5 Stuben und dem erforderlichen Zubehör bestehend, zum 1sten April zu vermiethen.

Ein Laden nebst Wohnung, worin ein Material-Geschäft betrieben wird, auch zu jedem anderen Geschäft passend, ist große Lastadie 184 zu vermiethen. Näheres eine Treppe hoch beim Wirth.

Roßmarkt No. 763 ist die bel Etage, bestehend aus 5 Stuben, 3 Kabinets und allem Zubehör, zu Ostern d. J. zu vermiethen.

Schulzenstraße No. 341 ist eine freundliche Hinterwohnung drei Treppen hoch, bestehend in drei Stuben, Küche, Speisekammer und Zubehör, an ruhige Miether zum 1sten April für eine solide Miethe abzulassen. Näheres beim Wirth.

Roßmarkt No. 758 ist die bel Etage, aus 7 Stuben nebst allem Zubehör bestehend, vom 1sten April 1849 ab zu vermiethen. J. Ebner.

In der Nähe Stettins sind zwei freundliche Wohnungen, jede bestehend in drei Stuben, Kammer, Küche, Keller und Garten, billig zu vermiethen. Das Nähere in der Ztgs.-Expedition.

Louisenstraße No. 749 ist die bel Etage, bestehend aus sechs Zimmern nebst Zubehör, vom 1sten April c. ab zu vermiethen.

Klosterhof No. 1131 ist bel Etage ein freundliches bequemes Quartier von 2 Stuben nebst Kabinet, Kammer und Zubehör, vom 1sten April c. ab zu vermiethen.

Dienst= und Beschäftigungs-Gesuche.

Ein mit guten Zeugnissen versehener unverheiratheter Mann, der mit Pferden umzugehen weiß und eine Caution von mindestens 100 Thlrn. stellen kann, wird zum Verfahren von Branntwein gesucht. Geeignete können sich Johanniskloster 212 parterre melden, um das Nähere zu erfahren.

Ein mit guten Zeugnissen versehener unverheiratheter praktischer Destillateur, der auch der Buchführung und Correspondenz vorstehen kann, wird zum 1sten April d. J. gesucht. Darauf Reflektirende wollen ihre Adresse unter No. 212 C. in der Exped. d. Bl. abgeben.

Ein Mädchen oder eine Wittwe vom Lande, nicht mehr ganz jung, in der Wirthschaft wohl erfahren und mit guten Zeugnissen versehen, wird bei einem einzelnen Herrn als Wirthschafterin gesucht. Schriftliche Adressen unter G. im Intelligenz = Comtoir zu Stettin abzugeben.

Ein junges Mädchen, welches Lust hat, die Landwirthschaft zu erlernen, sucht ein Unterkommen. Das Nähere in der Zeitungs-Expedition.

Ein Lehrling, mit guten Schulkenntnissen versehen, wird für ein Getreide= und Produktengeschäft gesucht. Selbstgeschriebene Offerten unter L. Z. in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Zwei ordentliche und ehrliche Mädchen für Küche und Haus finden zu Ostern einen Dienst beim Pastor Teschendorff.

Ein Kandidat des Predigtamts sucht zu Ostern eine Hauslehrer-Stelle. Nachrichten darüber ertheilt die Zeitungs-Expedition.

Ein bewährter Wirthschafter, der 16 Jahre hindurch grosse Güter bewirthschaftet, die besten Zeugnisse über mehrjährige Dienste auf einer Stelle aufzuweisen hat und in dem Vermögen ist, auf Erfordern eine bedeutende Caution zu stellen, sucht ein oder mehrere Güter zu bewirthschaften. Hierauf Reflektirende belieben sich in frankirten Briefen an den Herrn Bürgermeister v. Lühmann in Grimmen, Neuvorpommern, zu wenden, der die fraglichen Atteste etc. sogleich zur Prüfung einsenden wird.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Stroh= und Bordürenhüte werden sauber gewaschen, gebleicht und modernisirt, a 6 sgr., im Dutzend billiger, in der Berliner Fabrik, Lastadie No. 195.

Drei Pensionaire finden zu Ostern d. J. freundliche Aufnahme. Herr Pastor Schünemann und Herr Bertin, Lehrer der franz. Sprache, Petrikirchenplatz No. 1182 a., werden gütigst Auskunft ertheilen.

Meinen jetzigen und früheren werthen Kunden, sowie einem geehrten Publikum zeige ich an, daß ich jetzt am Krautmarkt No. 1054 parterre wohne, und empfehle mich zur Anfertigung moderner Herrenkleider ganz ergebenst. Um jede Anforderung prompt, reell und billiger wie früher ausführen zu können, habe ich meinen Sohn, der sich als Gehülfe seit einigen Jahren in den vorzüglichsten Werkstätten zu einem tüchtigen Schneider ausgebildet hat, in mein Geschäft genommen, und bitte um recht vielen Zuspruch.

C. F. Grün, Schneidermeister.

Lichtbilder

werden täglich angefertigt auf Neu-Tornei No. 7 bei W. Stoltenburg.

Täglich saure Sahne, a Quart 6 sgr., bei C. F. Hauff, Mönchenbrücke No. 195.

Stroh- und Bordürenhüte

werden zu 10 sgr. sauber gewaschen und modernisirt in der Strohhut = Fabrik von Linde in Berlin. Annahme in Stettin bei H. Brandt, Grapengießerstraße No. 424.

Bei einem hiesigen Lehrer finden 2 Pensionaire zu Ostern d. J. freundliche Aufnahme. Näheres große Oderstraße No. 1, drei Treppen hoch.

Zum Stimmen der Pianofortes und Tanzspiel auf demselben empfiehlt sich, wie auch Unterricht auf demselben ertheilt J. F. Kospoth, Kasematte No. 510.

Ein fertiger Klavier = Spieler, der sich unternimmt, wöchentlich zweimal Tanzmusik zu machen, kann mit vortheilhaften Bedingungen nach außerhalb beschäftigt werden. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Stroh-Hüte

werden sauber gewaschen und modernisirt bei A. Flachmann, Heumarkt No. 136.

Das in den Jahren 1842 und 1843 neu erbaute Schoonerschiff „Auguste & Carl", von 68 Normal-Lasten, bisher von dem jetzt verstorbenen Capitain Daniel Erenßin geführt, soll aus freier Hand verkauft werden. Das Schiff liegt hier am Oberbollwerk und befindet sich in seetüchtigem Zustande.

Käufer wollen sich gefälligst an den Gastwirth Herrn Krahn hier wenden, wo auch das Inventarium eingesehen werden kann.

Swinemünde, im Februar 1849.

Geldverkehr.

☞ Kapitalgesuch. ☜

Auf ein schönes großes Geschäftshaus nebst Speicher werden zur ersten Stelle 12,000 Thaler zu Ostern oder Johannis d. J. gesucht. Das Grundstück hat einen Werth von 36,000 Thlrn. und ist der Eigenthümer ein prompter Zinszahler. Adressen unter A. B. werden im Redaktions-Büreau der Norddeutschen Ztg., Louisenstraße No. 731, angenommen.